



KLIMAPOLITIK ENERGIESANIERUNGEN

Gebäudeprogramm kostet viel – aber bringt wenig

Das nationale Gebäudeprogramm, mit dem Bund und Kantone energetische Sanierungen subventionieren, hält kaum, was es verspricht. Das zeigen jetzt die Resultate des Vorläuferprogramms. Trotzdem will das Parlament den Förderbeitrag um 100 Millionen Franken erhöhen.

Letztes Jahr startete das nationale Gebäudeprogramm mit dem Ziel, den Klimawandel zu bremsen. Bund und Kantone subventionieren damit energetische Sanierungen von Gebäuden mit jährlich 300 Millionen Franken. Mit diesem Mittel, so prophezeite der Bundesrat in seiner Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes, lasse sich der Ausstoss von CO₂ ab 2020 um 2,2 Millionen Tonnen pro Jahr senken.

Die 2,2 Millionen Tonnen entsprechen einem Anteil von 5 Prozent am gesamten CO₂-Ausstoss in der Schweiz. Das Gebäudeprogramm gilt damit als wirkungsvollste Massnahme der nationalen Klimapolitik. Finanziert wird es mit einem Beitrag von jährlich 200 Millionen Franken aus dem Erlös der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen; die übrigen 100 Millionen Franken steuern die Kantone bei.

Weniger Wirkung als erwartet

Das Parlament will nun den Förderbeitrag aus der CO₂-Abgabe auf 300 Millionen Franken erhöhen. Zusammen mit den Kantonsbeiträgen stünden künftig 400 Millionen Subventionsfranken für energetische Gebäudesanierungen zur Verfügung. Damit, so rechnet der Bund, könnten die CO₂-Emissionen ab 2020 um jährlich 2,9 Millionen Ton-

nen reduziert werden.

Dass diese Prognosen sich 2020 erfüllen, ist allerdings unwahrscheinlich. Dies zeigen die kürzlich präsentierten Resultate aus dem früheren Gebäudeprogramm, welches die private Stiftung Klimarappen von Mitte 2006 bis Ende 2009 durchführte: Die Stiftung subventionierte in diesem Zeitraum rund 8000 Sanierungen in öl- und gasbeheizten Gebäuden und zahlte dafür 175 Millionen Franken.

Dank diesen Sanierungen sinkt der CO₂-Ausstoss in der Schweiz ab 2011 jährlich um 0,07 Millionen Tonnen. Das entspricht einem Anteil von 0,16 Prozent an den gesamten CO₂-Emissionen. Dieses Resultat liegt deutlich unter den Erwartungen.

Bund und Kantone wenden zudem von 2010 bis 2019 3 Milliarden Franken fürs Gebäudeprogramm auf (zehnmal 300 Millionen gemäss bisheriger Regelung). Angenommen, das neue Programm bewirke pro Subventionsfranken gleich viel CO₂-Reduktion wie das Vorläuferprogramm (mit 175 Mio. Fr.): In diesem Fall würde der CO₂-Ausstoss im Jahr 2020 lediglich um 1,2 Millionen Tonnen abnehmen. Das wäre nur etwas mehr als halb so viel wie die 2,2 Millionen Tonnen CO₂-Reduktion, die der Bun-

desrat prophezeite.

Mehr Geld und tiefere Anforderungen

Die Annahme, das nationale Programm wirke pro Subventionsfranken gleich wie das Vorläuferprogramm, ist allerdings unsicher. Dies insbesondere aus drei Gründen:

- Das Programm des Klimarappens war begrenzt auf die Gebäudehülle von öl- und gasbeheizten Häusern. Das neue Programm erfasst auch jene Häuser, die mit Strom oder erneuerbarer Energie beheizt werden. Bei diesen Gebäuden sparen energetische Sanierungen zwar ebenfalls Energie, bringen aber keine zählbare CO₂-Reduktion.

- Das neue Programm setzt tiefere Anforderungen an den Umfang der Sanierungen als das Vorgängerprogramm: Fördergelder erhalten jetzt auch jene Hauseigentümer, die nur einen Bauteil – zum Beispiel die Fenster oder das Dach – verbessern und damit weniger Energie einsparen.

- Auf der andern Seite unterstützt das neue Programm nicht nur die Sanierung der Gebäudehülle. Subventioniert wird auch, wenn Hausbesitzer fossile durch erneuerbare Energie oder Abwärmenutzung ersetzen. Investitionen in erneuerbare Energie, so erklärt eine Expertin des neuen Gebäudeprogramms, brächten pro Franken mehr CO₂-Reduktion als Investitionen in die Gebäudehülle.



Wirkung wird überschätzt: Bund und Kantone subventionieren mit dem nationalen Gebäudeprogramm energetische Sanierungen. Doch die damit verbundenen CO₂-Einsparungen fallen wohl geringer aus als erhofft. Foto: S. G.

«Erfahrungen wurden nicht berücksichtigt»

Harte Kritik an der aktuellen Klimapolitik des Bundes übt Hans Luzius Schmid, einst Vize-Direktor im Bundesamt für Energie und Leiter von Energie Schweiz, heute Stiftungsrat des Klimarappens. «Leider wurden die Erfahrungen des Klimarappens weder in der CO₂-Gesetzesrevision noch im laufenden Gebäudeprogramm hinreichend berücksichtigt», bedauert Schmid und folgert: «Die vom Bund angekündigten CO₂-Einsparungen für das neue Gebäudeprogramm dürften massiv überschätzt worden sein.»

Hanspeter Guggenbühl